

Halle-Zeitung

Halle'sche Neueste Nachrichten ♦ Handelsblatt für Mitteldeutschland

Die „Halle-Zeitung“ erscheint an jedem Wochentag nachmittags. Der monatliche Druckpreis durch unsere Boten, Ausgabezeiten ohne Belegpreis 1.40 Goldmark, durch die Post 1.85 Goldmark und 40 Centpostgebühr. Schluss der Anzeigen-Nachnahme: zehn Uhr vormittags.

Die Anzeigen werden nach Kalkül-Zellen berechnet; die Zelle 0,2 Goldmark. Verlagshaus: Neue Domstraße 16 und 17. Druckerei: C. G. Postfach 7431. Druck- und Verlagsanstalt: C. G. Postfach 7431. Druck- und Verlagsanstalt: C. G. Postfach 7431. Druck- und Verlagsanstalt: C. G. Postfach 7431.

Neues in Kürze.

Drohreden und Radiotelegramme.

Der von den Stabtruppenunteroffizieren in Kassel und Hannover beschlossene Abzug der Oberbürgermeister Schödemann und Feitner ist von den Regierungspräsidenten in Kassel und Hannover beantragt worden.

Im Disziplinarverfahren gegen den im Hilderprozeß zu Ende Jahr drei Monaten Festungshaft verurteilten Oberamtmann Frick wurde das Urteil auf Dienstentlassung mit Pension gefällt.

Der bayerische Landtag behandelte die Anträge der Kommunisten, Sozialdemokraten und des linken Blocks auf Aufhebung des bayerischen Ausnahmestatuens. Der Antrag wurde nach längerer Debatte mit den Stimmen der Koalitionsparteien abgelehnt.

Der preussische Minister des Innern hat die den 23. bis 25. August in Tilsit geplante Ostpreußenfeier verboten. Eine amtliche Mitteilung über das Verbot ist bisher nicht herausgegeben worden.

Nach Anordnung des Reichswehrministers dürfen am 3. und 11. August Soldaten lediglich an den von den Behörden geleiteten Feiern teilnehmen.

Der Vorsitzende des Deutschnationalen Studentenbundes in Frankfurt a. M., Heinz Schüb, hatte in mehreren Verlesungen gegen die bestehende Staatsform und einige Regierungsmitglieder, insbesondere Seevering, beleidigende Ausführungen gemacht. Das erweiterte Schöffengericht verurteilte ihn zu zwei Monaten Gefängnis mit dreijähriger Bewährungsfrist.

Der Gewerksverband hat an die vier Bergarbeiterverbände folgendes Schreiben gerichtet: „Unter Bezugnahme auf die Verhandlungen am 23. Juli über die Kohlenregelung auf den südbaharischen Kohlenfeldern hat der Gewerksverband die zurzeit gültige Lohnordnung zu Ende August dieses Jahres.“

Durch die Nachforschung wurde festgestellt, daß Walcott zuerst mehrere Dolmetscher erhalten und schließlich erwidert worden ist. Nur der Angeklagte Rolpi soll für die Teilnahme 50000 Lire erhalten haben.

Kammer und Senat in Paris haben einen Gesetzentwurf angenommen, durch den die Ueberführung der Sache Saures ins Bantheon bestimmt wird.

Die Regierung Herriot hat in der Kammer eine Niederlage erlitten, indem ihr Vorhaben, die staatlichen Postämter an die Departements um 1 688 000 Franken zu ermäßigen, mit 287 gegen 258 Stimmen abgelehnt wurde.

Nach dem Sonderkorrespondenten des „Intransigant“ soll man in Konferenzen beabsichtigen, alle mit dem Sicherheitsproblem zusammenhängenden Fragen einer neuen Konferenz vorzulegen, die im Monat Oktober im Anschluß an die Vollversammlung des Völkerbundes zusammenzutreten soll.

Der amerikanische Staatssekretär Hughes ist in Brüssel eingetroffen. Er wurde auf dem Bahnhof vom Wirtschaftsminister Van der Smeere, einem Vertreter des Auswärtigen Amtes und dem Bürgermeister Marx empfangen.

Durch eine Feuersbrunst ist der größte Teil der Universitäts Bücherei zerstört worden, insbesondere das chemische Laboratorium. Der Schaden ist sehr groß.

Die Polizei in Brüssel hat Anweisung gegeben, den kommunistischen Abgeordneten Sölllein an die deutsche Grenze zurückzuführen. Sölllein sollte in Belgien gelegentlich der bevorstehenden kommunistischen Kundgebungen gegen den Krieg verschiedene Vorträge halten.

Wie das „Journal of Commerce“ aus Washington erfährt, hat das Federal Reserve Board die Federal-Reservebank ermächtigt, deutsche Handelswechsel, die auf Dollar lauten und von der deutschen Goldbeständen indolent sind, anzukaufen.

Die Einberufung einer neuen britischen Reichskonferenz, auf der die Beteiligung der Dominions an außenpolitischen Entscheidungen geregelt werden soll, ist von der englischen Regierung beschlossen worden.

Die „Daily Mail“ bezeichnet die englisch-schwedische Konferenz als ein Fiasko.

Die Micumverträge verlängert.

Wo bleibt das „demokratische“ Prinzip?

Einigung mit der Micum.

Ermäßigung der Kohlensteuer.

Von der Geheer-Kommission und der Micum wurde das bisherige Abkommen mit folgender Abänderung verlängert:

1. Das neue Abkommen gilt bis zu dem Zeitpunkt, der durch den im Sachverständigenrat vorgesehene Reparationszahlungsagenten bestimmt werden wird. Inzwischen kann die Geheer-Kommission vom 15. August ab den Vertrag mit fünfjähriger Frist kündigen.
2. Die Aus- und Einfuhrabgabe, sowie die Zu- und Abfuhrabgaben, die im Juli in Kraft waren, werden vom 1. August ab auf die Hälfte herabgesetzt.
3. Die laufenden Kohlensteuern werden vom 1. August auf 25 Pfg. ermäßigt (bisher 75 Pfg.).
4. Um den Abwärtswertigkeiten, unter denen die Zechen im Monat Juli zu leiden hatten, Rechnung zu tragen, wird die Kohlensteuer für diesen Monat auf 50 Pfg. ermäßigt.

Wir haben vor wenigen Tagen unter der Ueberschrift „Auf Umwegen“ Kritik daran geübt, daß die heutige parlamentarische Regierung Entscheidungen wichtiger Art über den Kopf des gemäß Verfassung souveränen Volkes hinweg trifft, und daß wir vielfach erst auf Umwegen über das Ausland oder überhaupt nichts davon erfahren. Das ist der beste Weg, um das Vertrauen zur parlamentarischen Politik und das Vertrauen immer mehr zu erschüttern.

Zwischen haben wir das in jedem ehrwürdigen Deutschen tiefen Unmut weckende

Abkommen mit den Sowjetmännern

über den deutsch-russischen Zwischenfall vernommen — ohne daß die Regierung es für nötig befunden hätte, über die Gründe zu diesem beschämenden Abzug auch nur ein Wort verlanen zu lassen. Jetzt stellt man einen Gebuld gegenüber dieser Entschuldigungsart vor eine neue Probe, indem man uns nur fargend mitteilt:

Die Micumverträge sind verlängert.

Meine Herren Parlamentarier und Regierenden: Das ist ja sehr schön, daß Sie uns den Beweis liefern, daß für das Geld, das Sie vom Volk beziehen, auch Arbeit geleistet wird. Aber Sie mühen uns als den Herren und Inhabern, vor allem aber auch den Besitzträgern des unternehmenden „Deutsches Reich“ doch wirklich mindestens das Recht einzuräumen, das jeder private Geschäftsinhaber als ganz selbstverständlich in Anspruch nimmt: nachzuprüfen, ob die Arbeit, die Sie als unsere Angestellten leisten, auch brauch-

bare Arbeit auch so ist, wie wir sie haben wollen und für unser Geld verlangen können. Sie können darauf erwidern, Ihr Amt und Ihre Tätigkeit beruhe auf etwas anderem, als einem privaten Angestelltenverhältnis. Sehr richtig, meine Herren! Wir sind die letzten, die die höhere Würde und Ordnung des politischen Amtes bestritten. Aber das erwidert Sie nicht von dieser Welt, sondern erfordert eine um so gemäßigtere Beolugung. Vertrauen um Vertrauen. Aber das ganze ist ein schönes Spiel mit dem besten, was das Volk, jeder einzelne Staatsangehörige hat oder besitzen soll, mit dem Willkür- und Verantwortungsgefühl gegenüber Volk und Staat.

Man hat uns, gerade auch von Regierungsseite, immer wieder erklärt, daß die Micumverträge noch vor der Inkraftsetzung vom Reich länger getragen werden könnten und daß sie einer der wichtigsten Gründe für Annahme des Dawesplanes seien. Seitler wird in London über diesen Damesplan verhandelt, aber die Micumverträge werden immer erneuert.

Wir fragen: Wer bezahlt die Löhne? Die Inflation? Das Reich? Haben sie das Geld dazu? Woher wird es genommen, nachdem vorher behauptet wurde, es sei kein Geld mehr dazu da? Solange man darüber nichts erfährt, muß man immer mehr an den früheren Erklärungen.

Trennender muß das Geld genommen werden. Wie wird das zurid auf den Stand der Reichsfinanzen, auf die sonstigen Verpflichtungen und die Sicherheit der Währung?

Man sieht dieses immer erneute Nachgeben nicht bei den Franzosen den Eindruck erwecken, als ob die Erklärungen, wir könnten die Löhne nicht weiter tragen, unaufrichtig seien?

Man sieht dieses Nachgeben zu einer Zeit, wo Frankreich in London die ganze Welt gegen sich stellt für sich, in den Franzosen, daß der Eindruck erwecken, daß wir auch in der nächsten Frage, Räumung der Ruhr usw., nachgeben werden, und daß Frankreich, auch wenn die ganze Welt sich uns ihm anschließt und der Damesplan scheitert, aus uns doch immer wieder herauspressen können, was es nur haben will?

Wir stellen uns durchaus nicht auf den berühmten Standpunkt „Ich kenne die Gründe der Regierung nicht, aber ich mildtätige sie“ und wollen mangels Kenntnis der Gründe nicht bestritten, daß sie zu zwingend gewesen sein könnten.

Aber ganz gerade heraus und ohne Umschweife gesagt: Wir verlangen und können verlangen, daß man uns sagt, was los ist. Man forbert von uns Vertrauen. Wir fordern Unterlagen, auf die sich das Vertrauen stützen kann. Das ist das Wesen der Demokratie.

Entweder wir sind politisch mündig, dann komme man uns nicht mit dem Klappergeld. Oder wir sind politisch unmündig, dann verdienen wir uns mit der unrichtigen Behauptung souveränen Volk und demokratischen Staat, und gebe uns eine Verfassung, wie sie der Unmündigkeit entspricht.

recht hoffnungsooll. Unter dem Eindruck der letzten Londoner Verhandlungen aber ist sie in starke Niebergelagenheit umgefallen. Als Ergebnis einer Umfrage ist bekannt, daß im Ruhrgebiet in der Zukunft eine große Anzahl von Rumpuln für den ganzen Konferenz und des Damesplans steht, daß die jetzige Haltung Herriots, die sich in keiner Weise von dem Standpunkt Bonaires unterscheidet, mit harter Entschloßung und Entschloßung gekennzeichnet wird. Allgemein ist man der Ansicht, daß es ausgeschlossen ist, daß die Reichsregierung einer Lösung zustimmen könnte, die die militärische Räumung, die von der wirtschaftlichen nicht zu trennen ist, um zwei Jahre hinauschiebt, zumal in London von den sogenannten Sanftmütigen Dülferdorf, Duisburg und Ruhrort ansehend überhaupt nicht die Rede ist.

Düsseldorf, 31. Juli. Entgegen anderslautenden Nachrichten ist zu melden, daß die französische Forderung in einer besonderen Anknüpfung das Flagen in den republikanischen Farben am 11. August und öffentliche Verlesungen in geschlossenen Lokalen genehmigt hat. Im übrigen macht sie die deutschen Behörden für die Aufrechterhaltung der Ordnung verantwortlich.

Berlin, 31. Juli. Vor einiger Zeit wurde der Schüler der Darmstädter Landesbankgesellschaft, Ludwig Lothar Beder, als er zum Besuche seiner Angehörigen im deutschen Gebiet die Grenze überschritt, von einem französischen Militärposten verhaftet.

Bezüglich auf Grund der Tatsache, daß ein Ausweis der Zollbehörde des Reichsgränze Darmstadt bei ihm gefunden wurde, verurteilte das französische Militärpolizeigericht in Wiesbaden den Schüler Beder zu sechs Monaten Gefängnis.

Mensch und Vieh.

Die Hausfrau regiert die Volkswirtschaft

Von Dr. G. W. Schiele (Raumburg).

Deutschland ist überdörfert mit zweibeinigen Lebewesen. Aber trotzdem sind die Zahl und der Gehalt nach nicht die Hauptbewohner. Die Waße Tier ist noch bedeutender als die Waße Mensch. Es gibt in Deutschland etwa 60 Millionen Zentner „Mensch“ und außerdem noch über 200 Millionen Zentner „Vieh“. Beide teilen sich in die Gesamternte der deutschen Ernte. Schönen wir die auf 200 Millionen Kalorien, so geben etwa 50 Millionen direkt an die Viehstücken der Menschen und 150 Millionen in die Viehstücken. Stellen wir uns vor, daß Mensch und Vieh von demselben Vorrat der Nahrung, so nehmen die Menschen 1/4 und das Vieh 3/4 davon. Ein Zentner Vieh und ein Zentner Mensch haben ungefähr denselben Kalorienbedarf. Der Anteil der Menschen und der Anteil des Viehs unterschreitet sich nur dadurch, daß die Mensch seinen Vieh fressen und die Menschen kein Vieh essen. Aber die große Masse der Nahrungsmittel, nämlich Getriebe, Roggen, Kartoffeln, Mais sind verdaulich zwischen Mensch und Vieh. Das der eine verschluckt, ist für den anderen nicht mehr da. Sondern das Schweiß hat einen sehr ähnlichen Nährwert und einen sehr ähnlichen Wert. Also wenn wir uns die Erntemenge als einen Nährstrom vorstellen, der beide verlor, so kann dieser Strom geteilt werden im Verhältnis von 1:2, oder 1:3. Es genügt eine kleine Verdrängung zwischen der vierbeinigen und der zweibeinigen Bevölkerung, um das Gleichgewicht zwischen Mensch und Vieh zu erschüttern oder herzustellen. Jeht Millionen Schweine weniger oder mehr macht den Nährstrommittelwert für 20 Millionen Menschen aus.

Das Schätzwert im Volkshaushalt.

Von der richtigen Einteilung zwischen Mensch und Vieh hängt zunächst einmal

Das Schicksal der künftigen Völkervermehrung ab.

Dies gebrechliche Stück Menschenvesen bietet sich ein, es könne sich mit Viehregulierung in Gewerkschaftskommissionen teilen. D nein: in diesem Schatzwert hat der Mensch die Hand. Diejenigen, welche das Vieh füttern, also 5 Millionen Bauern. Glaubt man, daß diese sich über die künftige Viehregulierung rühmen? Sie rüchten sich in uralter Gewohnheit darnach, wer mehr bezahlt: der Mensch in der Stadt oder das Vieh im Stalle. Da, wenn die deutsche Landwirtschaft nur aus Großbetrieben bestünde, die durch ihre eigenen Beamten kontrolliert werden, dann wären vielleicht Viehpreise wirksam. Aber das Schicksal der Politik, der Getriebe, des Roggens entscheidet sich in 5 Millionen Kleinbetrieben, wo morgens um 4 Uhr in der Dunkelheit die Bauerfrau in den Stall geht und an den Ecken der Weiden nach dem Vieh an die Herde kommt oder an die Stadtkinder, und die Kartoffeln an die Schweine oder an die Säugler. Da sind Viehpreise unwirksam. Die Entscheidung hat der freie Preis. Dieser allein kann verhindern, daß große Quantitäten in den Viehställen verfaulen und daß an den Ecken der Weiden ein Viehstapel entsteht.

Das zweite wichtigste Schatzwert liegt nicht auf dem Lande, sondern in den Städten.

Die künftigen Hausfrauen haben den Hebel dazu in der Hand. Sie regieren dadurch die ganze Volkswirtschaft — nämlich durch Einkauf des notwendigen Tagesbedarfes. Wenn sie mehr Fleisch einkaufen, so bekommen sie den Teil der Landwirte, welcher die Viehhaltung betreibt, und erhöhen den Preis, den das Schwein im Stalle für Mais und Getriebe zahlt. Wenn sie aber Brot und Kartoffeln und Mais mehr einkaufen, so erhöhen sie den Teil der Landwirte, welcher direkte Verarbeiter der Menschen“ heißt. So können sie losen die Landwirtschaft. Denn dieses Schatzwert liegt mit dem vorher behandelten in einem natürlichen Zusammenhang durch die Wirkung der freien Marktpreise. Sie bestimmen dadurch die Größe der Schweinehaltung. Da nun das Schweinefleisch in Deutschland nach Zentnerwert fast ebensolich ausmacht wie das Menschenfleisch, und da ein Schwein ein Nahrungsmitel erzeugt wie 5 Menschen, in wird, wenn man 10 Millionen Schweine weniger da sind, der Nährstrombedarf für 35 Millionen Menschen frei. Eine wirkliche Nahrungsmittel kann es demnach in Deutschland gar nicht geben. Ein vermehrtes Volk muß nur seinen Viehverbrauch ein wenig ändern, um den Nährstrom in Deutschland einen Rest von 10 Millionen Schweine zu sparen, den Jahre 1883 nur 20,300 Kopf. Sie sind das natürliche Mittel. Die Hausfrauen Deutschlands, welche einkaufen, und die Bauerfrauen, welche verkaufen, haben es in der Hand. Sie sind die heimlichen Regenten und Beschreiber in des ganzen Volkswirtschaft.

„Nichts neues vor Paris“.

Am 10. Jahrestage des Kriegsausbruchs darf man ja wohl einen prägnant gewordenen militärischen Ausdruck gebrauchen, der zugleich an unsern Volkes größte Zeit erinnert. Tatsächlich ist die Lage heute sehr ähnlich wie damals vor Paris. Nur wir Deutschen sind es nicht, die Paris einschließen, sondern die Engländer und Amerikaner. Frankreich beweist auch hier, was es von je in seinen Kriegen bewiesen hat: die ungeheure Fähigkeit in später zweifelhafter Lage. Und es sieht ganz so aus, als ob diese Fähigkeit auch diesmal nicht ohne Erfolg sein sollte.

Natürlich schwirren auch weiter unzählige Gerüchte über die Londoner Verhandlungen durch die Luft, aber wir hoffen uns mit unsern Lesern einig, daß wir besser tun, nicht all die Einzelheiten auf ihn niederregen zu lassen, sondern ein Dach zu errichten, von dem der Regen schön gesammelt in die Regenrinne fließt zu nützlichem Gebrauch bei der politischen Wäsche und im Rückgrat der Volkswirtschaft.

Das Echo im Ruhrgebiet.

Starke Niebergelagenheit und Enttäuschung. Es ist natürlich, daß man im Ruhrgebiet die Londoner Verhandlungen mit ganz besonderem Interesse verfolgt, da von ihrem Ausgang das nächste Schicksal in ganz besonderem Maße abhängig ist. Nach bis vor wenigen Tagen war die Stimmung in der Bevölkerung ziemlich allgemain



